



SITZUNG DES VORSTANDS DER ETF

10. JUNI 2008

PROTOKOLL

1. Einleitung

Die Sitzung des Vorstands der ETF vom Juni 2008 wird in Turin abgehalten; den Vorsitz der Sitzung führt Frau **Odile Quintin**, Generaldirektorin der GD Bildung und Kultur der Europäischen Kommission. Bei der Sitzung werden die neuen Vorstandsmitglieder für Griechenland, Italien und Luxemburg sowie neue Teilnehmer aus Griechenland, Schweden, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und aus Rumänien willkommen geheißen. Die GD Erweiterung der Europäischen Kommission wird durch Giannantonio Ballette vertreten, für die GD Außenbeziehungen ist David Lipman anwesend. Es sind Beobachter aus Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, vom Cedefop und von EuropeAid anwesend. Außerdem sind die Bediensteten der Kommission Elvira Angulo Rodríguez von der GD Erweiterung, Elena Pascual Jiménez und Belén Bernaldo De Quirós von der GD Bildung und Kultur, Bernhard Magenmann vom Internen Auditdienst und Göran Winqvist von der GD Außenbeziehungen anwesend.

Die Niederlande sind in der Sitzung nicht vertreten.

2. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

3. Follow-up zur letzten Sitzung

i. Protokoll der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung, die im November 2007 stattfand, wurde auf Antrag von **Frau von Hopffgarten (DE)** in Punkt 5 (i) hinsichtlich der Neufassung der Gründungsverordnung der ETF geändert und anschließend angenommen (siehe überarbeitetes Dokument ETF-GB-08-003).

ii. Follow-up zu Aktionspunkten und schriftlichen Verfahren

Die folgenden Aktionen wurden nach der Sitzung im Juni 2007 durchgeführt:

- Die Überarbeitung des Dokuments über das Internationale Beratungsgremium wurde auf einen Zeitpunkt nach der Billigung der Neufassung der Gründungsverordnung vertagt.
- Das Protokoll der Sitzung im Juni 2007 wurde entsprechend den Anmerkungen von **Herrn Perugini (I)** geändert.

- Der aktuelle Stand der internen Kontrollstandards wird unter Punkt 8 der Tagesordnung erörtert.
- Zusätzliche Durchführungsbestimmungen zum Personalstatut sind unter Punkt 10 der Tagesordnung vorzustellen.
- Die ETF wird die Bereitstellung von technischer Hilfe für das Tempus-Programm bis zum 30. Juni 2008 fortsetzen und unterstützt die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur während der Übergabe dieser Funktion an sie (weitere Einzelheiten werden unter Punkt 4 der Tagesordnung bereitgestellt).
- Die ETF verfolgt die Entwicklungen im Hinblick auf Libyen, obwohl bislang noch keine konkreten Maßnahmen stattgefunden haben.
- Die ETF nahm an einer Reihe einschlägiger Veranstaltungen des slowenischen Ratsvorsitzes teil und erwägt auch die Teilnahme an mehreren Veranstaltungen des bevorstehenden französischen Ratsvorsitzes.

Zwei schriftliche Verfahren wurden im Januar und im März durchgeführt. Das erste führte zur Annahme der automatischen Übertragung der Zahlungsermächtigungen vom Jahr 2007 in das Jahr 2008 sowie zur Unterstützung des „Strategischen Prüfplans 2008-2010“ des Internen Auditdienstes. Mit dem zweiten Verfahren erfolgte die Annahme des Haushaltsvorentwurfs der ETF für das Jahr 2009 und des strategischen Personalplans für den Zeitraum 2008 bis 2011.

3. Mündliche Berichte

i. Fortschritte bei den Politiken und Programmen der Kommission, die Auswirkungen auf die ETF haben

Odile Quintin berichtet über die neuesten Entwicklungen im Bereich Bildung und Kultur.

Die externe Dimension des Europäischen Qualifikationsrahmens

In den kommenden Monaten werde mit der Unterstützung der ETF eine Konferenz über die externe Dimension des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) organisiert werden. Der EQR sei für die Unterstützung der Mobilität und der Transparenz der Qualifikationen, die auf Ergebnissen und der Kompetenz innerhalb der EU basieren, sehr wichtig, und es habe ein großes Interesse seitens Drittländern gegeben, die ihre Systeme gerne mit dem EQR verbinden würden.

Neufassung der Gründungsverordnung

Hinsichtlich der Neufassung der Gründungsverordnung sei es in der Vergangenheit schon mehrmals notwendig geworden, die aktuelle Gründungsverordnung der ETF zu ändern, um ihre geografische Reichweite zu vergrößern und sie an die EU-Finanzvorschriften anzugleichen. Nun sei eine weitere Änderung erforderlich, um die Gründungsverordnung bezüglich der wichtigen Entwicklungen auf den neuesten Stand zu bringen, die in der gesamten EU-Politik stattfinden, nicht nur im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung, sondern auch im Bereich der Außenpolitik der EU. Dies sei erforderlich, um die Rolle der ETF zu aktualisieren und ihr eine solide Grundlage für ihre Arbeit zu geben. Die vorgeschlagene Neufassung weite die thematischen Aufgabenbereiche der ETF auf die Entwicklung von Humankapital aus, die insbesondere die allgemeine und berufliche Bildung unter dem Gesichtspunkt des lebenslangen Lernens betreffe. Dies werde durch die Schlussfolgerungen des letzten Europäischen Rats hervorgehoben, verknüpfe die Arbeit der ETF enger mit der Lissabon-Strategie und unterstreiche die Bedeutung von allgemeiner und beruflicher Bildung, um Menschen mit Kenntnissen, Fähigkeiten und breiter gefächerten Kompetenzen auszustatten, damit diese als aktive Bürger in einer globalisierten Welt leben und arbeiten können.

Des Weiteren werde die Neufassung der Gründungsverordnung das geografische Mandat der ETF mit den außenpolitischen Programmen der EU in Einklang bringen, wobei das Hauptaugenmerk weiterhin auf der Arbeit der ETF in den Nachbarschafts- und Beitrittsregionen liege. Gleichzeitig solle der ETF aber auch die Möglichkeit eröffnet werden, sich auch in anderen Ländern an ordentlich vertretbaren

Fällen und in Einklang mit den außenpolitischen Prioritäten zu engagieren. Diese Flexibilität werde in Artikel 1 Absatz C der Neufassung der Gründungsverordnung hervorgehoben. Insgesamt werde die Neufassung der Gründungsverordnung die ETF eher in eine politikorientierte als in eine programmorientierte Agentur umwandeln, die innerhalb einer sektorspezifischen Perspektive arbeitet und die Kommission in der Phase der Strategieentwicklung und der Planung von Hilfsmaßnahmen durch Informationen und Analysen aus ihrem Arbeitsbereich unterstützt.

Die Rechtsgrundlage der ursprünglichen ETF-Gründungsverordnung sei Artikel 235 des Vertrages (jetzt Artikel 308) gewesen. Diese müsse durch die spezifischen Bestimmungen des Vertrags ersetzt werden, die die Rechtsgrundlage für die von den Tätigkeiten der ETF betroffene Politik bildeten. Diese Tätigkeiten betreffen noch immer in erster Linie die Berufsbildung. Deshalb sei Artikel 150 als angemessene Grundlage ausgewählt worden. Hierdurch werde der Wirkungsbereich der ETF auf die Berufsbildung beschränkt, allerdings im breiteren Sinne des lebenslangen Lernens, wodurch die Verbindung zu anderen Arten der Bildung, zu Arbeitsmärkten, der Zivilgesellschaft, der sozialen Eingliederung usw. hergestellt werde.

Die in der Neufassung der Gründungsverordnung vorgeschlagene Verwaltungsstruktur sei ein Verwaltungsrat, der sich aus einem Vertreter pro Mitgliedstaat, drei Mitgliedern der Kommission, drei nicht stimmberechtigten, vom Europäischen Parlament ernannten Sachverständigen und drei nicht stimmberechtigten Vertretern der Partnerländer zusammensetze. Jedes Mitglied werde für einen Zeitraum von fünf Jahren ernannt. Das Parlament konnte während der ersten Lesung zu diesem Thema keinen gemeinsamen Standpunkt erzielen, und aus diesem Grund müsse der Text noch eine zweite Lesung durchlaufen. Die zweite Lesung könnte bereits im Herbst 2008 erfolgen, aber sie könnte auch auf einen späteren Zeitpunkt vertagt werden, wenn die Verwaltungsstrukturen anderer EU-Agenturen parallel dazu erörtert werden können.

Trotz dieser Schwierigkeiten solle die ETF den Weg fortsetzen, den sie bereits eingeschlagen hätte, und schon im Vorfeld der Billigung der Neufassung der Gründungsverordnung an der Entwicklung von Humankapital arbeiten. Mit einigen Verbesserungen, die in der Neufassung skizziert würden und die von rechtlichen Gründen abhingen, müsse jedoch gewartet werden, bis die Gründungsverordnung formell gebilligt sei.

ETF-Haushalt

Hinsichtlich des ETF-Haushalts für 2009 schlage der Haushaltsentwurf der Kommission vor, den ETF-Haushalt wieder auf seinen Stand aus dem Jahr 2007 in Höhe von 19,873 Mio. EUR zu bringen. Für den Fall, dass die Neufassung der Gründungsverordnung nicht mehr in diesem Jahr gebilligt werde, könnten allerdings Probleme entstehen.

Tempus

Ab dem 1. Juli 2008 werde das Tempus-Programm durch die Exekutivagentur Bildung und Kultur entsprechend der allgemeinen EU-Politik für die Durchführung von Bildungs- und Ausbildungsmaßnahmen verwaltet. Das Tempus-Programm sei während der vergangenen 13,5 Jahre von der ETF gut verwaltet worden, und der Erfolg des Programms sei der hohen Qualität der Unterstützung zuzuschreiben, die das engagierte Personal der Tempus-Abteilung der ETF selbst unter den erschwerten Umständen der letzten Jahre geleistet habe. Die Tatsache, dass die ETF für das Programm nun keine technische Hilfe mehr leisten müsse, gebe der Agentur die Möglichkeit, sich auf ihre Hauptaufgabe zu konzentrieren und diese zu fördern. Diese bestehe darin, der Kommission und den Partnerländern Fachwissen auf dem Gebiet der beruflichen Bildung bereitzustellen.

Frau Sheys (B) bittet darum, dass bei der nächsten Sitzung Informationen zum Haushalt für das Jahr 2009 zur Verfügung gestellt werden und erläutert wird, wie das Arbeitsprogramm und die kommende mittelfristige Perspektive ohne die Rechtsgrundlage der Neufassung der Gründungsverordnung vorbereitet werden können.

David Lipman stellt die aktuellsten Entwicklungen im Hinblick auf die Europäische Nachbarschaftspolitik vor.

Im Falle seiner Ratifizierung werde der Vertrag von Lissabon die Art, in der die EU ihre Außenpolitik betreibe, radikal ändern. Der Vertrag schlage einen Hohen Vertreter vor, dessen Aufgabe es sei, dem Rat „Auswärtige Angelegenheiten“, der für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU zuständig ist, vorzusitzen und als Vize-Präsident der Europäischen Kommission tätig zu sein. In dieser Funktion sei er insbesondere für die Sicherstellung der Konsistenz der EU-Außenpolitik verantwortlich. Der Hohe Vertreter werde durch einen neuen Europäischen Auswärtigen Dienst unterstützt, dem Mitglieder aus

der Europäischen Kommission und des Sekretariats des Rates sowie von den EU-Mitgliedstaaten entsandte Diplomaten angehören.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik sei eine zentrale außenpolitische Priorität und ziele darauf ab, der Gruppe der Nachbarstaaten der Europäischen Union Stabilität, Sicherheit und Wohlstand zu bringen. Ihre Grundlage bildeten gemeinsame Verpflichtungen und gemeinsame Werte. Die Mitteilung der Kommission „Für eine starke Europäische Nachbarschaftspolitik“ vom 5. Dezember 2007 habe die Hauptziele für das Jahr 2008 festgelegt. Diese beinhalteten unter anderem die Förderung der wirtschaftlichen Integration, einen größeren Marktzugang, die Entwicklung von Politiken für die Migrationsverwaltung, Hilfe für die „festgefahrenen“ Konflikte im Nahen Osten, Transnistrien, Georgien usw. sowie die intensiviertere Unterstützung für sektorale Reformen in den Bereichen Energie, Umwelt, Bildung, Beschäftigung und Sozialpolitik. Im Mai 2008 sei die Nachbarschafts-Investitionspolitik gestartet worden, um durch Zuschüsse Unterstützung seitens der Europäischen Investitionsbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie weiterer Finanzinstitute bereitzustellen. Sie werde u. a. Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen sowie für die Entwicklung des Sozialsektors bereitstellen. Die EU habe bis zum Jahr 2013 eine Mittelzuweisung von 700 Mio. EUR zugesagt. Neun EU-Mitgliedstaaten würden sich ebenfalls beteiligen.

Die Länder, die den größten Fortschritt bei den Verwaltungsreformen erzielt haben, hätten zusätzliche Fördermittel erhalten (Marokko, Republik Moldau und die Ukraine). Außerdem würden spezielle Vereinbarungen vorbereitet, um die Beziehungen zu Marokko, der Ukraine, zur Republik Moldau und zu Israel zu stärken und zu vertiefen. Berichte über die Fortschritte in den einzelnen Ländern seien für alle Länder vorbereitet worden, die von der Politik betroffen sind. Diese Berichte behandelten das Thema Berufsbildung im Gesamtumfeld der Entwicklung von Humankapital. Derzeit seien Gespräche mit Libyen über die Bedingungen eines Entwurfs für ein Verhandlungsmandat im Gange.

Giannantonio Ballette (als Vertretung für Dirk Manganck) von der GD Erweiterung gibt einen aktuellen Überblick über die EU-Aktivitäten im Westlichen Balkan in Bezug auf das Instrument für Heranführungshilfe (IPA). In den vergangenen sechs Monaten habe es in der Region zahlreiche Entwicklungen gegeben, u. a. die Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, die Initialisierung eines Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Serbien sowie allgemeine Wahlen in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und in Serbien.

Das IPA verfüge für das Jahr 2008 über eine Zuteilung von Finanzmitteln in Höhe von rund 1,1 Mrd. EUR. Derzeit würden für jedes der Länder mehrjährige indikative Planungsdokumente aktualisiert, wobei ein besonderes Augenmerk auf politische Kriterien wie Aufbau des Staates, verantwortungsvolle Staatsführung und die Zivilgesellschaft gelegt werde. Es werde erwartet, dass die Zuteilung von Finanzmitteln für diese Kriterien 30 % der gesamten IPA-Zuteilung ausmachen werde.

Die Mitteilung über den Westlichen Balkan sei im März 2008 veröffentlicht worden und konzentriere sich insbesondere auf die Aspekte Bildung und Kultur in der Region. Eine der ergänzenden Aktivitäten dieser Mitteilung sei eine neue Einrichtung für die Zivilgesellschaft. Die GD Erweiterung habe sich lobend über die Unterstützung geäußert, die sie vonseiten der ETF erhalte, wobei sie darauf hingewiesen habe, dass 60 % der ETF-Aktivitäten aus Anfragen der GD Erweiterung herrührten. Besonders bemerkenswert seien die ETF-Analysen der Länder der Region, die für die Aktualisierung der mehrjährigen Richtprogramme verwendet würden. Die Unterstützung der ETF werde insbesondere beim schrittweisen Abbau der Europäischen Agentur für Wiederaufbau und der stufenweisen Einführung der EG-Delegationen nützlich sein. Die ETF habe außerdem bei der Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und anderen Gebern wertvolle Unterstützung geleistet. Diesbezüglich habe die GD Erweiterung die ETF um Unterstützung bei der Sitzung der IFI-Beratungsgruppe gebeten, an der auch die Weltbank beteiligt sei und die im Juni abgehalten werde. Die Sitzung werde sich insbesondere mit den Themen allgemeine und berufliche Bildung befassen.

Es sei eine Lenkungsgruppe zur Koordinierung der Aktivitäten gegründet worden, der sich aus Vertretern geografischer Regionen der GD Erweiterung und aus Stiftungsmitarbeitern zusammensetze. Künftig fänden die Sitzungen der Gruppe parallel zu den Sitzungen zum strukturierten Dialog zwischen der Kommission und der ETF statt.

ii. Trends und Entwicklungen bei der ETF

Muriel Dunbar stellt die Aktivitäten der ETF hinsichtlich der vorgeschlagenen Neufassung der Gründungsverordnung vor, die sehr wahrscheinlich die Grundlage für das Arbeitsprogramm 2009 und

die kommende mittelfristige Perspektive bilden wird. Tatsächlich bestätigten die Bestimmungen der Neufassung der Gründungsverordnung die Richtung, die die ETF bereits seit einigen Jahren verfolgte.

Es gebe sechs zentrale Änderungen, die vermutlich durch die Verordnung bestätigt würden. Die umstrittenste Änderung betreffe die Führungsstruktur der ETF und insbesondere die Größe und Zusammensetzung des Vorstands und das Stimmrecht seiner Mitglieder.

Hinsichtlich der themenorientierten Arbeit würden die Aufgaben nach der Billigung der Neufassung vom Thema Berufsbildung auf das Thema Entwicklung von Humankapital vor dem Hintergrund des lebenslangen Lernens ausgeweitet werden. Tatsächlich spiegele die Palette der Anfragen, die die ETF in den vergangenen Jahren erhalten habe, diese Ausweitung bereits wider, und die Arbeit der ETF betreffe die allgemeine und berufliche Bildung zur Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung in Bereichen wie soziale Eingliederung, Migration, Unternehmergeist und Eindämmung der Armut. Spezielle Beispiele betreffen die Arbeit mit der GD Unternehmen im Zusammenhang mit Unternehmergeist im Westlichen Balkan, im Nahen Osten und in Nordafrika; Arbeit für die GD Justiz in Verbindung mit den Mobilitätspartnerschaften in Der Republik Moldau, der Ukraine und Georgien; die Beteiligung an sektorspezifischen Ansätzen im Bildungssystem im Kosovo auf Anfrage der GD Erweiterung und des Büros der Kommission in Pristina sowie die Arbeit über die Anerkennung von Qualifikationen für die GD Justiz.

Die Definition des Begriffs Entwicklung von Humankapital habe sich in den vergangenen Jahren gewandelt, werde jedoch von internationalen Organisationen häufig verwendet. Die OECD definiere den Begriff als eine Kombination aus den angeborenen Talenten und Fähigkeiten einer einzelnen Person und den Qualifikationen und Kenntnissen, die sie durch allgemeine und berufliche Bildung zusätzlich erlangt. Auch wenn die Berufsbildung die Kerntätigkeit der ETF bleibt, könnten die Partnerländer dank des erweiterten Mandats besser durch ETF-Aktivitäten unterstützt werden, weil andere Teilbereiche der Bildung in die Arbeit der ETF eingebunden werden.

Artikel 3 des Entwurfs für die Neufassung der Gründungsverordnung ermutige die ETF, mit anderen relevanten Gemeinschaftseinrichtungen, insbesondere mit dem Cedefop, zusammenzuarbeiten, und betone erneut die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen, die im Bereich der Entwicklung von Humankapital tätig sind. Die Zusammenarbeit mit dem Cedefop sei bereits gut organisiert und beinhalte gemeinsame Dienstreisen in Kandidatenländer, eine Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Fragebogens über den Fortschritt des Kopenhagen-Prozesses und des Polizeiberichts für das Treffen des Ministerrats in Bordeaux, regelmäßige Treffen von Sachverständigen zum Informationsaustausch, die Teilnahme an Redaktionsausschüssen für die jeweiligen ETF-Veröffentlichungen und regelmäßige Teilnahme der ETF-Sachverständigen an den Agora-Konferenzen des Cedefop. Die ETF habe zudem vor kurzem mit Eurofound eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet, um mit ihr in Bereichen wie der Prüfung von Beschäftigung, Flexibilität und Sicherheit auf den Arbeitsmärkten sowie Migration zusammenzuarbeiten. Außerdem tausche die ETF administrative Kenntnisse und Informationen auch mit anderen Agenturen aus, was u. a. die Bereitstellung von Sachverständigen für Auswahlgremien für leitende Mitarbeiter betreffe. Die ETF arbeite außerdem mit der GTZ, dem British Council, dem britischen Ministerium für internationale Entwicklung (DFID), der Weltbank, der OECD, der UNESCO und dem ILO-Ausbildungszentrum in Turin zusammen. Die Arbeit mit dem Europarat solle in naher Zukunft beginnen. Potenzielle neue Bereiche für die Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen betreffen die Arbeit mit dem Europäischen Fonds für den Balkan (mit Unterstützung von **Herrn Cavalchini**, dem stellvertretenden Mitglied des Vorstands der ETF für Italien), mit dem UNDP-Zentrum in Bratislava sowie mit der Agence Française de Développement. Was die Einstellungen betrifft, so hätten kürzlich Mitarbeiter der Weltbank, der Asiatischen Entwicklungsbank und der INWENT GmbH in Deutschland eine Beschäftigung bei der ETF aufgenommen.

Mehr Flexibilität in geografischer Hinsicht über die IPA- und Nachbarschaftsregionen hinaus sei ein weiterer Überarbeitungspunkt in der vorgeschlagenen Gründungsverordnung. Laut Gründungsverordnung könne eine solche Nutzung der ETF-Ressourcen nur mit der Zustimmung von zwei Dritteln des Vorstands stattfinden. Für den Fall, dass die Neufassung der Gründungsverordnung in den kommenden Monaten verabschiedet werde, würde dem Vorstand bei seiner Sitzung im November ein Vorschlag bezüglich der Fragestellung, wie Anfragen für eine breitere Nutzung der ETF zu verwalten seien, vorgelegt werden.

Die technische Unterstützung für Tempus werde in der Neufassung der Gründungsverordnung nicht mehr erwähnt, und dank der hervorragenden Zusammenarbeit mit der Exekutivagentur Bildung und Kultur sowie der GD Bildung und Kultur sei die Verlegung der Programmsysteme von Turin nach Brüssel reibungslos vorangegangen. Ab dem 1. Juli 2008 werde die gesamte technische Unterstützung des Programms durch die GD Bildung und Kultur bereitgestellt. Von den 21 Bediensteten auf Zeit, die

an der technischen Unterstützung für das Programm im Jahr 2005 beteiligt waren, hätten über 80 % einen alternativen Arbeitsplatz gefunden – neun Personen bei anderen EU-Einrichtungen, sieben hätten beim internen Mobilitätsprogramm der ETF Erfolg gehabt, und zwei hätten Anstellungen bei UN-Agenturen oder in der öffentlichen Verwaltung gefunden. Außerdem hätten von den Vertragsangestellten, die bei der ETF über einen Zeitraum von sechs bis 18 Monaten angestellt gewesen seien, neun einen Arbeitsplatz bei anderen EU-Einrichtungen gefunden, einer habe eine Anstellung an einer Universität erhalten, und drei hätten eine alternative Stellung bei der ETF angeboten bekommen. Allerdings hätten drei der Bediensteten auf Zeit keine andere Arbeitsstelle gefunden, und in diesen Fällen bestehe die Möglichkeit einer Klage. Während dieses gesamten schwierigen Zeitraums hätten sämtliche Tempus-Bediensteten auch weiterhin qualitativ hochwertige Arbeit geleistet. Laut einer aktuellen Befragung zur Arbeitszufriedenheit unter allen ETF-Bediensteten schien diese Situation nur geringfügige Auswirkungen auf die übrige Belegschaft der ETF gehabt zu haben. Die Ergebnisse der aktuellen Befragung zeigten im Vergleich zu den Ergebnissen der Befragung aus dem Jahr 2007 in vielen Bereichen sogar eine Verbesserung.

Der zweite überarbeitete Punkt, durch den eine Funktion wegfalle, die zuvor von der ETF wahrgenommen worden sei, betreffe die Deregulierung des Beratungsgremiums. Empfehlungen aus dem externen Evaluierungsbericht hätten vorgeschlagen, das Beratungsgremium durch eine alternative Strategie für das vernetzte Arbeiten in den Regionen zu ersetzen und ein Internationales Beratungsgremium zu errichten. Diese Vorschläge seien bereits in vergangenen Sitzungen mit dem Vorstand erörtert worden. Der überarbeitete Vorschlag für ein Internationales Beratungsgremium werde zusammen mit den Kommentaren des Vorstands bei der Sitzung im November vorgestellt, vorausgesetzt, die Neufassung der Gründungsverordnung ist bis dahin genehmigt worden. In der Zwischenzeit werde sich die ETF bei Fragen zum Arbeitsprogramm weiterhin an ihr bestehendes Beratungsgremium wenden.

Im November des letzten Jahres habe die ETF dem italienischen Außenministerium einen Entwurf für einen Vorschlag zur Überarbeitung der Standortvereinbarung vorgelegt. Die wichtigsten zu überarbeitenden Aspekte seien die Ausweitung der Bestimmungen der Vereinbarung auf Vertragsbedienstete, Finanzierungsfazilitäten, die Sozialversicherung und Immunitäten gewesen. Herr Perugini, früheres Vorstandsmitglied für Italien, habe der ETF dabei geholfen, mit über zehn verschiedenen Ministerien und zugehörigen Agenturen zu verhandeln, die in den verschiedenen Bereichen zuständig sind, die Gegenstand der Vereinbarung sind. Der überarbeitete Text sei nun soweit fertig, um ihn den italienischen Behörden zur formellen Billigung vorzulegen.

Frau Soares (PT) bittet darum, die Entwicklungen des Internationalen Beratungsgremiums bei der nächsten Sitzung im November 2008 zu besprechen.

iii. Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten und institutionellen Partnern

Vier Vorstandsmitglieder stellen ihre jeweilige Beteiligung an der Ausrichtung und Unterstützung von Stiftungsaktivitäten seit dem vergangenen Treffen im November 2007 vor.

Frau Soares (PT) nahm Ende November 2007 an einem Seminar der ETF teil, das Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Kirgisistan, die Russische Föderation, Tadschikistan, Usbekistan und die Ukraine betraf. Themen waren der Fortschritt, der bei der Entwicklung eines nationalen Qualifikationsrahmens im Fremdenverkehrssektor in diesen Ländern erzielt wurde, sowie die Ziele für das Projekt im Jahr 2008. Frau Soares unterrichtet die Teilnehmer über die Erfahrung Portugals bei der Einführung eines nationalen Qualifikationsrahmens in Portugal.

Frau All (EE) nahm im Mai 2008 an einem Seminar über Sozialpartner in Eriwan, Armenien, teil. Unter den Teilnehmern waren Vertreter von armenischen Ministerien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen und Schulen. Frau All stellt die Erfahrung Estlands beim Aufbau von sozialen Partnerschaften in ihrem Land unter administrativen Gesichtspunkten vor, während ein Vertreter einer estnischen Arbeitgeberorganisation weitere praktische Einzelheiten zu dem Prozess bereitstellt. Bei dem Seminar klärten die Teilnehmer, wie sie den Prozess in Armenien fortsetzen würden.

Frau von Hopffgarten (DE) organisierte im Mai für eine jordanische Delegation eine viertägige Studienreise nach Deutschland. Die Delegation bestand aus acht Teilnehmern, die aus den Ministerien für Bildung und Arbeit sowie aus den Handelskammern stammten. Diese trafen sich mit verschiedenen deutschen Ministerien und dem Berufsausbildungszentrum in Bonn, um Einzelheiten über das deutsche Ausbildungssystem, insbesondere über das duale System, die Finanzierung der Berufsbildung und die

Beteiligung der Sozialpartner in Erfahrung zu bringen. Frau von Hopffgarten ermutigte andere Mitgliedstaaten, sich in ähnlicher Weise an der Arbeit der ETF zu beteiligen.

Die ETF rief die Vorstandsmitglieder dazu auf, sich mehr an der Stiftungsarbeit zu beteiligen, um sowohl über positive Erfahrungen, die sie möglicherweise in diesem Bereich gemacht haben, als auch über Herausforderungen, vor die sie gestellt wurden, und die Art, wie sie damit umgegangen sind, zu berichten.

Herr Simonic wendet sich erneut an den Vorstand, um Aktivitäten vorzustellen, die im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung unter dem slowenischen Ratsvorsitz stattgefunden hatten. Er verweist insbesondere auf die Arbeit in Bezug auf das lebenslange Lernen, die Erhöhung der Transparenz der allgemeinen und beruflichen Bildung in der gesamten Lissabon-Strategie, die Reform von Schulen zur Förderung der Kreativität und Innovation sowie die integrierten Leitlinien für Beschäftigung und Wachstum. An einigen der organisierten Veranstaltungen waren Stiftungsmitarbeiter beteiligt.

Herr Mezel (FR) stellt die geplanten Aktivitäten im Zusammenhang mit der allgemeinen und beruflichen Bildung, Beschäftigung und Kooperation während des bevorstehenden französischen EU-Ratsvorsitzes vor.

Der französische Ratsvorsitz werde dort weitermachen, wo der slowenische Ratsvorsitz Ende Juni aufgehört habe. Es werde eine Reihe von Konferenzen/Sitzungen über Themen im Zusammenhang mit den Prioritäten des französischen Ratsvorsitzes zum Bereich Bildung (Mobilität, Beratung und Qualität im Besonderen) und unter anderem folgende Veranstaltungen geben:

- eine Konferenz über studentische Mobilität am 4. und 5. September in Nancy;
- eine Konferenz über lebensbegleitende Beratung (erfolgreiche Gestaltung von Übergängen) am 17. und 18. September in Lyon;
- eine Konferenz zum Erlernen der Wissenschaften im Europa des Wissens am 8. und 9. Oktober in Grenoble;
- eine Sitzung über die Verwaltung und Leistungsfähigkeit von Schulen am 6. und 7. November in Poitiers;
- eine Konferenz über den internationalen Vergleich der Bildungssysteme am 13. und 14. November in Paris;
- eine Sitzung der Generaldirektoren der Hochschulen über die Professionalisierung der Lehrpläne im Hinblick auf das lebenslange Lernen am 8. September in Straßburg;
- eine Sitzung der Generaldirektoren für Berufsbildung am 20. und 21. Oktober in Amiens, bei der der Kopenhagen-Prozess und bessere Verknüpfungen zwischen Bildung und Unternehmen näher erörtert werden;
- ein informelles Treffen der für Berufsbildung zuständigen Minister am 26. November in Bordeaux (Verabschiedung einer Erklärung von Bordeaux zum Sachstand des Kopenhagen-Prozesses).

Im Bereich Beschäftigung liege der Arbeitsschwerpunkt auf folgenden Themen: die Richtlinie über Arbeitszeiten, gleicher Zugang zu Gütern und Dienstleistungen sowie das Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Privatleben. Durch die europäische sozialpolitische Agenda werde das Augenmerk auf die soziale Dimension gerichtet. Folgende Sitzungen und Konferenzen seien geplant:

- ein informeller Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz): Arbeit und Sozialpolitik am 10. und 11. Juli in Chantilly;
- eine Konferenz über berufliche Mobilität am 11. und 12. September in Paris;
- ein Gipfel über Chancengleichheit am 29. und 30. September in Paris;
- eine Konferenz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit am 13. und 14. Oktober in Marseille;

- eine EWSA-Konferenz über die soziale Verantwortung der Unternehmen am 30. Oktober in Paris;
- eine Ministerkonferenz über die berufliche Gleichstellung von Mann und Frau am 13. und 14. November in Lille.

Die allgemeine Politik im Bereich der Zusammenarbeit unter dem französischen Ratsvorsitz habe die Verbesserung der Geber-Zusammenarbeit zum Ziel, um so das gesamte System effektiver zu gestalten. Die ETF sei dazu aufgerufen, hierbei eine aktive Rolle zu übernehmen und zu diesem Prozess beizutragen. Die Prioritäten für die Zusammenarbeit lägen in den Bereichen Gesundheit und regionale Regierungsführung.

Die Zusammenarbeit mit der Mittelmeerregion nehme unter dem französischen Ratsvorsitz eine hohe Priorität ein, und mehrere Sitzungen und Aktivitäten würden diesbezüglich stattfinden. Die ETF spiele hierbei eine bedeutende Rolle und habe bei den vorbereitenden Aktivitäten zur ersten Euromed-Konferenz über Beschäftigung und Arbeit (9. und 10. November in Marrakesch) bereits sehr professionelle und nützliche Unterstützung geleistet.

Jordanien, Ägypten und Marokko werden die Gastgeber von drei der sechs Europa-Mittelmeer-Veranstaltungen sein. Eine Europa-Mittelmeer-Veranstaltung zum Fachschulunterricht und zur Berufsbildung werde am 18. Dezember in Marseille stattfinden. Die ETF sei aufgefordert, dabei eine aktive Rolle zu übernehmen.

Der Vorstand wird gebeten, die ETF in ihren Anstrengungen zur Stärkung ihrer Verbindungen mit der internationalen Gemeinschaft, die im Bereich allgemeine und berufliche Bildung tätig ist, zu unterstützen. Vorschläge für mögliche Verbindungen und/oder Kooperationen seien willkommen. Ein Bericht über Aktivitäten, die derzeit in Vorbereitung sind, werde beim nächsten Treffen im November vorgelegt.

Frau Scheys (B) äußert sich anerkennend über die Organisation von Informationsseminaren in Verbindung mit den Sitzungen des Vorstands und bittet darum, diese Praktik fortzusetzen.

4. Jährlicher Tätigkeitsbericht

i. Entwurf des jährlichen Tätigkeitsberichts 2007, zugehörige Analyse und Beurteilung

Peter Greenwood stellt den Entwurf des jährlichen Tätigkeitsberichts für das Jahr 2007 vor, der einen Überblick über die bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms und der Ausführung des zugehörigen Haushaltsplans erzielten Fortschritte gibt. Der Bericht sei ähnlich strukturiert wie das Arbeitsprogramm. Artikel 5 Absatz 9 der Verordnung des Rates sehe vor, dass der Vorstand den jährlichen Tätigkeitsbericht bis zum 15. Juni billige.

Die wichtigsten Aussagen des Berichts betreffen die Anzahl der Anfragen seitens der Kommission (115 im Jahr 2007), den Erfolg der Interventionsstrategien der Länder, die sich in Richtung eines Sektoransatzes bewegen, sowie regionale Tätigkeiten. Es gebe außerdem einen Verweis auf die Innovations- und Lernprojekte der ETF. Diese Projekte befassten sich mit internationalen Ansätzen in Bereichen wie Übergang, Schlüsselkompetenzen und Fähigkeiten in Verbindung mit Migration. Der Bericht führe auch die Vorbehalte der Direktorin auf.

Herr Bandelj (SLO) gratuliert der ETF im Namen der Troika zu der Gründlichkeit des Berichts und bittet darum, dass die Aufschlüsselung der Länder von einer finanziellen Aufschlüsselung in absoluten Zahlen begleitet werde. Er bittet ebenfalls darum, die Punkte 4 und 8 des Entwurfs der Analyse und Beurteilung zu ändern (siehe überarbeitetes Dokument GB/08/DEC/03).

Frau von Hopffgarten (D) gratuliert der ETF zu ihren Ergebnissen und ihrer wachsenden Anerkennung als ein Zentrum für Fachwissen sowie zur Nutzung der Stiftungsdienste durch die Europäische Kommission. Sie weist jedoch darauf hin, dass die Zusammenarbeit mit anderen Agenturen in dem

Bericht nicht erwähnt werde, obwohl Muriel Dunbar diese in ihrer Darstellung als einen Kernpunkt genannt hätte. Dies sollte bei künftigen Ausgaben des Berichts hervorgehoben werden. **Herr Quierolo Palmas (I)** unterstützt diesen Vorschlag.

Xavier Matheu de Cortada, Leiter des Referats Planung, Überwachung und Evaluierung der ETF, erklärt, dass zu dem Bericht bereits Kommentare von Italien und Portugal eingegangen seien. Die italienische Anfrage sei berücksichtigt worden, indem ein Anhang über die Verteilung des Haushalts nach Ländern hinzugefügt worden sei. Als Antwort auf die Anfrage aus Portugal sei ein Dokument vorgelegt worden, in dem die spezifischen Ergebnisse der Aktivitäten aufgeführt würden. Dieses werde in die Endversion des Dokuments eingefügt werden.

Odile Quintin bittet darum, in der englischen Fassung das Wort „reservation“ (Vorbehalt) durch das Wort „observation“ (Beobachtung) zu ersetzen.

Der jährliche Tätigkeitsbericht, die Analysen und die Bewertung werden vom Vorstand gebilligt.

5. Jahresabschluss der ETF für das Jahr 2007

Martine Smit, die im Jahr 1999 vom Vorstand ernannte Rechnungsführerin der ETF, stellt den Jahresabschluss der ETF für das Jahr 2007 vor. Dieses Dokument werde jährlich in Einklang mit Titel 7 der Haushaltsordnung erstellt. Der Rechnungshof prüfe den Abschluss, und seine Stellungnahme dazu sei die Grundlage für die Erteilung der Haushaltsentlastung durch das Europäische Parlament. Die Haushaltsentlastung für das Haushaltsjahr 2006 sei vom Parlament am 23. April 2008 erteilt worden. Die Buchführung der ETF folge dem Grundsatz der periodengerechten Aufwands- und Ertragsrechnung, der darauf basiert, dass Transaktionen und Vorfälle zu dem Zeitpunkt verbucht werden, zu dem sie erfolgen (im Gegensatz zum Grundsatz der Verbuchung zum Zahlungszeitpunkt, d. h. zum Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlung oder des Eingangs von Kassenmitteln oder Kassenmitteläquivalenten.)

Die ETF-Subvention sei ein Hinweis dafür, dass die Höhe der Mittelbindungen im Vergleich zum Jahr 2006 um ca. 1,8 Mio. EUR niedriger sei. Dies läge daran, dass die Rückübertragung von Tempus auf das Jahr 2008 verschoben worden sei. Der für die Rückübertragung eingeplante Betrag war auf 1,5 Mio. EUR geschätzt worden. Die anderen Faktoren, die den Titel 3 des Haushalts im Jahr 2007 beeinflussten, seien die durch das Übersetzungszentrum zurückgezahlten Mittel und die durch das Europäische Parlament auferlegte Rücklage im Haushalt für 2007. Da diese Rücklage erst im Juni freigegeben worden sei, hätten einige Projekte nicht vollständig durchgeführt werden können.

Zweckgebundene Mittel (vom italienischen Treuhandfonds, dem MEDA-ETE-Programm und aus Tempus-Abkommen) seien per Definition mehrjährig. Deshalb sei die Höhe der Mittelbindungen dieser Fonds im Verlauf eines Jahres kein Indikator für die Effizienz. Das auf Seite 14 des Dokuments erwähnte inländische Euro-Konto sei das Bankkonto, das für Überweisungen innerhalb Italiens verwendet werde. Das ETF-Euro-Konto werde dagegen für sämtliche Überweisungen außerhalb Italiens verwendet.

Herr Bandelj (SLO) bittet im Namen der Troika darum, auf Seite 8 der englischen Fassung den Begriff „Italian Trust Fund“ (italienischer Treuhandfonds) in „Italian Ministry of Foreign Affairs Trust Fund“ (Treuhandfonds des italienischen Außenministeriums) zu ändern.

6. Interne Audits

Bernard Magenhan vom internen Auditdienst der Europäischen Kommission (IAS) stellt die Aktivitäten des Dienstes im Zusammenhang mit der ETF vor. Das interne Audit solle die betrieblichen Arbeitsabläufe verbessern, indem es einen systematischen Ansatz zur Verbesserung der Effizienz des Risikomanagements, der Kontrolle und der Steuerungsabläufe bereitstellt. Der interne Auditdienst habe seine Arbeit im Jahr 2003 aufgenommen und verfüge über ein Mandat zur Prüfung der Agenturen. Er unterscheide sich vom Europäischen Rechnungshof, der sich vorrangig mit der Rechnungsführung befasse, und auch von OLAF, bei dem es hauptsächlich um die Bekämpfung von Betrug gehe. Der interne Auditdienst habe allen EU-Agenturen einen Besuch abgestattet, und sein Ziel sei es, jede Agentur mindestens einmal im Jahr zu besuchen. Der Schwerpunkt liege hierbei auf den Risiken, denen jede Organisation gegenübersteht, und nicht auf den jeweiligen Problemen.

Der interne Auditdienst habe gerade erst eine Prüfung der Humanressourcen der ETF durchgeführt. Künftige Besuche seien geplant, um sich mit den IKT-Systemen, dem Kommunikations- und Qualitätsmanagement, der Zusicherung des Managements und mit der Finanzverwaltung zu beschäftigen. Im Jahr 2005 habe der interne Auditdienst 19 Empfehlungen an die ETF ausgegeben, von denen nur drei noch nicht umgesetzt worden seien. Die Dokumentation der Verfahren sei zu 90 % vollständig, während die Überprüfung der Finanzabläufe derzeit noch durchgeführt werde, jedoch weiter vereinfacht werden müsse. Als Ergebnis der kürzlich durchgeführten Prüfung der Humanressourcen habe der interne Auditdienst der ETF empfohlen, an einer besseren Verknüpfung der Programmziele mit den Ressourcen zu arbeiten, die in der Organisation verwendeten Hilfsmittel miteinander zu verbinden, um die Effizienz zu erhöhen, und individuelle Ziele des Personalwesens an die Ziele der Stiftung anzupassen. Bei der Sitzung im November werden dem Vorstand eine Aktualisierung und der vollständige Bericht über die Prüfung der Humanressourcen 2008 vorgelegt.

7. Kommunikationsaktivitäten der ETF

Bent Sørensen, der Leiter des Referats Kommunikation der ETF, stellt die Kommunikationspolitik der ETF vor, die sich auf die folgenden vier Hauptsäulen stützt: Veröffentlichungen und Periodika; Presse und Medien; Veranstaltungen und Besuche sowie Internet und Audiovisuelles. Die ETF konzentrierte ihre Kommunikationsaktivitäten auf ihre wichtigsten Interessengruppen und entsprechend der übergreifenden Strategie der Europäischen Kommission auch auf EU-Bürger.

Die ETF erstelle in regelmäßigen Abständen Veröffentlichungen der Stiftung sowie Fachveröffentlichungen, u. a. eine Zeitschrift mit einer Auflage von über 4 000 Exemplaren, die viermal im Jahr erscheine. Die Veröffentlichungen erfolgten in bis zu 30 verschiedenen Sprachen, wobei der Schwerpunkt auf den Sprachen Englisch, Französisch, Russisch und Arabisch liege. Die Website werde täglich aktualisiert und Informationen könnten entweder nach Ländern oder nach Themen gesucht werden. Das meiste Material auf der Seite sei in sechs Sprachen erhältlich.

Die ETF versuche kontinuierlich, ihre Kontakte mit der Presse und den audiovisuellen Medien zu verbessern. Vor kurzem seien außerdem eine Reihe von Kurzfilmen gedreht und Artikel in einigen nationalen EU-Zeitungen veröffentlicht worden.

Ein weiterer Eckpfeiler der ETF-Kommunikations-Politik sei eine dialogorientierte Kommunikation in Form von Veranstaltungen und Treffen sowie Ausstellungen und Messen. Die ETF organisiere jedes Jahr zahlreiche Veranstaltungen, sowohl in den Partnerländern als auch in Turin. Sie versuche stets, solche Aktivitäten für die Teilnehmer so innovativ und interessant wie möglich zu gestalten.

Zukünftig werde vermutlich mehr Aufmerksamkeit auf die sozialen Medien gerichtet, und derzeit werde an der Einführung neuer Formen noch interaktiverer Kommunikation wie Blogs und Diskussionsforen gearbeitet.

Odile Quintin und **David Lipman** warnen aufgrund ihrer Erfahrung bei der Kommission vor der Arbeitslast, die das Führen von Blogs mit sich bringe.

8. Fortschrittsbericht über die Evaluierung

Outi Kärkkäinen präsentiert die Fortschritte, die die ETF im Hinblick auf die Aktionspunkte aus der externen Evaluierung der ETF aus dem Jahr 2006 bis zum November 2007 erzielt habe. Der Abschlussbericht über die Durchführung des Aktionsplans werde dem Vorstand bei der Sitzung im November 2008 vorgelegt. Während der vergangenen sechs Monate habe die ETF die Priorisierung ihrer Partnerländer und die Kooperation mit anderen Agenturen, EU-Mitgliedstaaten und anderen Gebern fortgesetzt. Länderspezifische Umsetzungspläne sowie Instrumente zum Lernen politischen Handelns seien weiterentwickelt worden. Die ETF sammle weiterhin Rückmeldungen zur Qualität der Dienstleistungen, die sie der Europäischen Kommission bereitstelle, und entwickle kontinuierlich Indikatoren für Errungenschaften in Planungsdokumenten. Was die Kommunikation und Verbreitung betreffe, so habe die ETF ihre sprachliche Bandbreite erhöht. Vor kurzem habe sie ein Faltblatt mit allgemeinen Informationen in den Amtssprachen der EU, den Sprachen der Kandidatenländer und der potenziellen Kandidatenländer sowie in Russisch und Arabisch veröffentlicht.

Die ETF habe kürzlich eine Bewertung von Aktivitäten abgeschlossen, die sie von 2000 bis 2007 in Ägypten durchgeführt hat. Diese externe Bewertung sei von November 2007 bis April 2008 durch ein

Team aus zwei internationalen und zwei ortsansässigen Sachverständigen erfolgt. Sie habe Recherchen von der Verwaltungsstelle aus, Besuche bei der ETF und einen Besuch vor Ort in Ägypten mit Befragungen lokaler Interessengruppen umfasst. Zum Abschluss sei bei der ETF eine Sitzung zu Rückmeldungen und Verbreitung abgehalten worden.

Die Ergebnisse der Bewertung hätten gezeigt, dass die Unterstützung der ETF den Bedürfnissen der wichtigsten Interessengruppen, der Kommission und der EG-Delegationen entsprochen hätte. Die ETF habe wichtige Interessengruppen zusammengebracht und eine Koordinierung der Geber unterstützt. Außerdem hätten ihre Aktivitäten weitläufige Auswirkungen gehabt, u. a. die nationale Eigenverantwortung für die Funktion der Beobachtungsstelle sowie die Einführung von Leitlinien und Beratung an Fachschulen. Die Empfehlungen des Berichts betreffen folgende Punkte: mehr Unterstützung zur Förderung des Erlernens politischen Handelns; die Erstellung einer größeren Anzahl von Berichten und Dokumenten in der jeweiligen lokalen Sprache; die Erstellung von eher analytischen als beschreibenden Berichten, die u. a. Empfehlungen für Maßnahmen enthalten; die Ausrichtung auf eine größere Bandbreite relevanter Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen sowie die Konzentration auf neue Querschnittsthemen, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Regierung und ihre Wirtschaftsagenda abzielen.

Die ETF habe außerdem zwischen April und Dezember 2007 mit der Hilfe eines Teams aus drei internationalen Sachverständigen ihre eigenen Überwachungs- und Bewertungspraktiken beurteilt. Diese Sachverständigen hätten Recherchen von der Verwaltungsstelle aus, Besuche und Befragungen bei der ETF, Leistungsbewertungen im Vergleich zu ähnlichen Agenturen und eine ETF-Sitzung zu Rückmeldungen durchgeführt, worauf die Erstellung eines Abschlussberichts erfolgte.

Die wichtigsten Ergebnisse hätten ergeben, dass die Qualität zusammen mit der Standardisierung von Projektdokumentationen verbessert worden sei, die Methodologie den Standards der Europäischen Kommission entspreche, dass es aber schwierig sei, eine Leistungsbewertung im Vergleich zu anderen Agenturen oder Einrichtungen durchzuführen, da die ETF eine sehr spezielle Rolle innehatte und besondere Arten von Aktivitäten durchführe. Das Bewertungsteam habe folgende Empfehlungen ausgesprochen: die Erstellung von weiterhin zwei bis drei Bewertungen pro Jahr; die Einführung eines intern verwalteten Überwachungssystems; die Überwachung der Projekte entsprechend dem System der „Ergebnisorientierten Überwachung“ der Kommission; die Nutzung der ergebnisbasierten Überwachung nicht nur bei der Verwaltung von Projekten, sondern auch bei externen Mitteilungen sowie die Rationalisierung der zahlreichen Strategie- und Planungsdokumente, die derzeit verwendet werden.

7. Personalfragen

i. Durchführungsbestimmungen zum Personalstatut

Das neue Statut der Beamten und sonstigen Bediensteten der Europäischen Gemeinschaft trat im Jahr 2004 in Kraft. Die Europäische Kommission nahm im Jahr 2004 und in den Folgejahren ihre eigenen Durchführungsbestimmungen an. Die meisten davon werden analog auf die Agenturen angewendet, obwohl einige minimale Änderungen bei einigen der Bestimmungen nach Abstimmung mit der Personalvertretung und nach Billigung durch die GD Admin und den Vorstand erlaubt sind.

Der Vorstand hat bereits zwanzig Durchführungsbestimmungen gebilligt. Zwei sind zur Genehmigung vorgelegt und betreffen die Klassifizierung von Bediensteten auf Zeit und die Erstattung von Arzt- und Arzneimittelkosten. Rund 16 weitere Durchführungsbestimmungen sollen dem Vorstand zukünftig noch zur Genehmigung vorgelegt werden.

Einige Vorstandsmitglieder äußern Bedenken, was den Nutzen ihrer Genehmigung dieser Dokumente betrifft, da ihnen diese vorgelegt werden, ohne ihnen dabei Spielraum zu gewähren.

Herr Bandelj (SLO) bittet um eine Änderung des Artikels 2, Nummer 1 der Bestimmungen zur Klassifizierung von Bediensteten auf Zeit (siehe überarbeitetes Dokument ETF/GB/08/017).

Herr Bandelj (SLO) und **Herr Lindqvist (FIN)** äußern Vorbehalte in Bezug auf Artikel 2 Absatz 3, der ihnen diskriminierend gegenüber Bürgerinnen und Bürgern aus Ländern mit einer allgemeinen Wehrpflicht erscheint. Allerdings sei dies bei sämtlichen EU-Einrichtungen Standard und könne in diesem Kontext nicht geändert werden.

Sonstiges

Odile Quintin informiert den Vorstand darüber, dass die zweite Lesung der Neufassung der ETF-Gründungsverordnung dem Europäischen Parlament voraussichtlich in der Woche vom 17. November vorgelegt werde.

Nächste Sitzung: 27. November 2008

Aktionspunkte

- **Herr Queirolo Palmas (I)** wird darum gebeten, **Herrn Perugini** für seine Arbeit als ETF-Vorstandsmitglied für Italien von 2004 bis 2008 die Anerkennung des Vorstands auszusprechen. Herr Perugini ist nun italienischer Botschafter in Vietnam.
- Bereitstellung einer Aktualisierung des Haushaltsplans für das Jahr 2009 und der Neufassung der Gründungsverordnung bei der November-Sitzung
- Verteilung der Fragebögen zur Beteiligung von Mitgliedstaaten an ETF-Aktivitäten in der November-Sitzung
- Teilnahme der ETF an den relevanten Veranstaltungen des französischen Ratsvorsitzes
- Vorlage eines Vorschlags zur Art und Weise, wie Anfragen zur Bereitstellung der ETF-Dienste in einem breiteren geografischen Kontext verwaltet werden sollten, in der Sitzung im November 2008, vorausgesetzt, die Neufassung der Gründungsverordnung ist bis dahin gebilligt worden
- Vorlage eines revidierten Vorschlags zum Internationalen Beratungsgremium in der Sitzung im November 2008, vorausgesetzt, die Neufassung der Gründungsverordnung ist bis dahin gebilligt worden
- Vorlage des Abschlussberichts über die Durchführung des Aktionsplans für die externe Bewertung bei der Vorstandssitzung im November 2008
- Aufnahme von Einzelheiten über die Zusammenarbeit mit Gebern und internationalen Organisationen in den jährlichen Tätigkeitsbericht
- Aktualisierung der Beteiligung der Vorstandsmitglieder an ETF-Aktivitäten in der November-Sitzung
- Änderung des jährlichen Tätigkeitsberichts und des Entwurfs der Analyse durch die ETF in Einklang mit den Anfragen der Vorstandsmitglieder und der Kommission
- Änderung der Durchführungsbestimmungen über die Kriterien zur Klassifizierung von Bediensteten auf Zeit durch die ETF entsprechend den Bemerkungen des Mitglieds aus Slowenien
- Vorstellung der Prüfung der Humanressourcen 2008 durch den Internen Auditdienst bei der Sitzung im November 2008